



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 11

17. Juni 2005

ISSN 1437-6148

Konfliktstoff Erdgas

Südamerika wird wieder Rohstofflieferant: Innen- und außenpolitische Implikationen der Ressourcenpolitik in Bolivien und Argentinien

Jörg Husar/Günther Maihold

Als hätte es die ehrgeizigen Industrialisierungsmodelle der Vergangenheit nie gegeben, kehrt Südamerika seit den 80er Jahren immer unverhohlener zu seiner althergebrachten Rolle als Rohstofflieferant zurück. Mit Bezug auf die reichhaltigen Bodenschätze ist wieder verstärkt von den komparativen Vorteilen der Region im Bereich der Rohstoffwirtschaft die Rede. Dieser Trend wird derzeit noch dadurch verstärkt, dass mit China ein neuer, rohstoffhungriger Akteur auf dem Subkontinent umgeht (vgl. Brennpunkt Lateinamerika 10/2005). Die neuerliche Konzentration auf Rohstoffexporte mit geringem Verarbeitungsgrad bringt im Spannungsfeld zwischen Staat(en), multinationalen Unternehmen, Gewerkschaften, indigenen Gruppen und der Zivilgesellschaft eine hohe Zahl möglicher Konflikte mit sich. Das rohstoffbezogene Konfliktpotenzial resultiert – sowohl inner- als auch zwischenstaatlich – aus einer Reihe von Faktoren: der ungleichen geografischen Verteilung der Lagerstätten, geopolitischen Erwägungen, alternativen Transportwegen, mangelnder Rechtssicherheit, dysfunktionaler Marktregulierung, sowie der währungs- und wirtschaftspolitischen Instabilität der Region und den Konflikten um die Beteiligung multinationaler Unternehmen und die gesellschaftliche Verteilung der Einnahmen. Die komplexe Interdependenz der angedeuteten Konfliktebenen hat sich in den letzten Wochen mit der Eskalation der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Bolivien gezeigt, soll aber im Folgenden auch am Beispiel Argentinien in seinen Beziehungen zu Chile veranschaulicht werden.

Erdgas in Bolivien – der Kampf um die Kontrolle einer „strategischen Ressource“

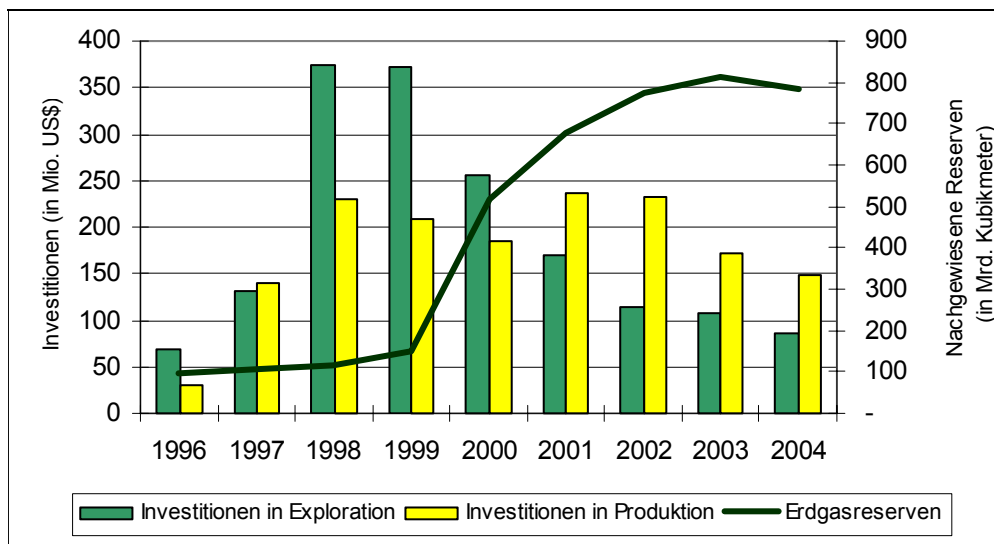
Den Erdgasreserven Boliviens, heute mit 810 Mrd. m³ die zweitgrößten des südamerikanischen Subkontinents, wuchs in der ersten Amtszeit von Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada (1993-1997) politische Brisanz zu. Nach 60 Jahren staatlicher Kontrolle des Öl- und Gassektors betrieb die Regierung in La Paz 1996 die „Kapitalisierung“ des Staatsunternehmens *Yacimientos*

Petrolíferos Fiscales Bolivianos (YPFB) mit dem Ziel, einen Teil der erzielten Einnahmen einem nationalen Pensionsfonds zuzuführen. Um die Ausbeutung der bolivianischen Öl- und Gasvorkommen zu regeln, wurde die *Ley 1689 de Hidrocarburos* verabschiedet, die im Zusammenspiel mit einem Dekret des Präsidenten das Eigentum am bolivianischen Erdgas de facto den Förderunternehmen übertrug: Während in Artikel 1 des Gesetzes formell festgeschrieben wurde, dass die Öl- und Gasreserven direktes, unab-

dingbares Eigentum des Staates sind, regelte das Dekret – erlassen zwei Tage vor Ende der ersten Amtszeit Sánchez de Lozadas – den Übergang des Eigentums auf das fördernde Unternehmen unmittelbar bei Austritt an die Oberfläche am Bohrturm. Damit war die Rolle des Staates im Gassektor Boliviens auf das Eintreiben von Steuern und Abgaben reduziert, sieht man von der Vergabe der Konzessionen ab. Gleichzeitig wurden die Abgaben auf Öl- und Gasproduktion von bis dahin 50% (bezogen auf den erzielten Preis ab Bohrturm) auf 18% gesenkt. In Anbetracht dieser im internationalen Vergleich auffallend niedrigen Abgabenlast, ließ der „Run“ auf Bolivien als Öl- und Gas-Standort nicht lange auf sich warten: Die Investitionen im Öl- und Gas-

sektor stiegen rapide von US\$ 99,04 Mio. (1996) auf US\$ 604,81 Mio. (1998) an. Zwischen 1996 und 2004 wurden insgesamt US\$ 3,25 Mrd. in Exploration und – mit einer gewissen Phasenverschiebung – in Produktion investiert (vgl. Abb.1). Seither sind die großen *player* des internationalen Öl- und Gas-Geschäfts in Bolivien vertreten, allen voran *RepsolYPF* (24,8% der Reserven), *British Gas* (16,1%), *TotalFinaElf* (14,0%), *Petrobras* (13,8%), *BP* (10,5%), *Maxus* (9,7%), *ExxonMobil* (6,8%). Wie Abb. 1 veranschaulicht, waren die Explorationsanstrengungen sehr erfolgreich: Binnen sechs Jahren haben sich die nachgewiesenen Erdgasreserven mehr als versiebenfacht.

Abbildung 1: Investitionen im bolivianischen Öl- und Gassektor und die Entwicklung der nachgewiesenen Erdgasreserven



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten von YPFB (www.ypfb.gov.bo/).

Wohin mit all dem Gas? Zur Frage der Abnehmer und Märkte

Für den im internationalen Rahmen als „Energiezweig“ zu bezeichnenden Andenstaat Bolivien stellt sich die Frage, wie der Erdgasreichtum in Wert gesetzt werden kann. 27,1% der Primärenergieversorgung des Landes werden aus Erdgas gewonnen, der jährliche Verbrauch beträgt etwa eine Milliarde Kubikmeter (Argentinien: 33 Mrd. m³; Brasilien: 9 Mrd. m³). Bezieht man das aktuelle Niveau der Exporte ein, so reichen die derzeit nachgewiesenen Reserven noch für mehr als ein Jahrhundert. Bolivien steht also vor der Herausforderung, das Erdgas zur Entwicklung der eigenen Industrie zu verwenden und Exportmärkte zu erschließen. An Vorschlägen, wie das bolivianische Erdgas zur Industrialisierung des Lan-

des verwendet werden könnte, mangelt es nicht: Denkbar wären der Bau eines Petroindustriekomplexes und Elektrizitätswerke für den Export nach Brasilien, die Produktion von Düngemitteln, sowie die Errichtung von *Gas-to-Liquids*-Fabriken, in denen Erdgas durch Zufuhr von Sauerstoff und Fraktionierung in Dieselmotoren umgewandelt wird. Keines dieser Projekte ist jedoch bislang über das Stadium von Machbarkeitsstudien hinausgekommen. Als Haupthindernis für derartige Milliardeninvestitionen wird vor allem mangelnde Rechtssicherheit angeführt.

Exporte und Exportszenarien

Immerhin exportiert Bolivien sein Gas bereits nach Argentinien (2004: 797,9 Mio. m³; im Wert von US\$ 49,1 Mio.) und Brasilien (7,1 Mrd. m³;

US\$ 540,9 Mio.). Im Falle **Brasilien** (*Gasbol*-Pipeline, Kapazität: 30 Mio. m³/Tag, Exportpreis: US\$ 2,12 / Mio. BTU¹) bleiben die tatsächlichen Liefermengen weit hinter den 1996 vertraglich vereinbarten Mengen zurück: Der Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren sah bereits ab 2003 die volle Auslastung der Pipeline vor, doch bewegten sich die von Brasilien tatsächlich abgenommenen Mengen jedes Jahr nur knapp oberhalb des jeweiligen *take-or-pay*-Minimums. Die mangelnde Nachfrage in Brasilien erklärt sich zum Teil durch die Rationierungsmaßnahmen während der Energieengpässe 2001/2002, die zu einer Steigerung der Energieeffizienz und damit zu einer Reduktion der Energienachfrage geführt haben. Hinzu kommt, dass der Bau der Pipeline in direktem Zusammenhang mit Plänen zur Errichtung einer Reihe erdgasbetriebener Elektrizitätswerke in Brasilien stand, die zu einer Reduzierung der Abhängigkeit des Landes von Wasserkraft beitragen sollten. Mit der Abwertung des Real im Januar 1999 wurden diese Pläne jedoch verworfen: Das in US-Dollar fakturierte Erdgas aus Bolivien war mit einem Mal unattraktiv geworden. Die brasilianische Seite bemüht sich seither hartnäckig um eine Neuverhandlung des Preises bzw. der *take-or-pay*-Mengen, die bolivianische Seite will darauf jedoch nur unter der Bedingung einer Kapazitätserweiterung eingehen. Als Zeichen seiner Solidarität mit Präsident Mesa setzte Lula die Verhandlungen im Oktober 2003 vorläufig aus.

Das traditionelle Netto-Energieexportland **Argentinien** sieht sich derzeit aufgrund der aktuellen Energiekrise (s.u.) gezwungen, Erdgas zu importieren. Dazu dient die *Yabog*-Pipeline (Kapazität: 6,5 Mio. m³/Tag). Diese Pipeline war von 1972 bis 1999 für Exporte von Argentinien nach Bolivien genutzt worden und wurde im Juni 2004 in umgekehrter Richtung wieder in Betrieb genommen. Die bolivianischen Lieferungen (zunächst 4 Mio. m³/Tag zu US\$ 1,50 / Mio. BTU; ab Januar 2005: 6,5 Mio. m³/Tag zu US\$ 2,08 / Mio. BTU) wurden zwar als Notlösung deklariert, doch auf absehbare Zeit wird Argentinien weiterhin bolivianisches Erdgas importieren müssen.

Sicherlich würde auch das Nachbarland **Chile** längst zu Boliviens Erdgas-Kunden zählen, wäre da nicht der Konflikt um den im Pazifikkrieg (1879-1883) verlorenen Meereszugang Boliviens. Chile deckt 25,2% seines Primärenergiebedarfs mit Erdgas und ist derzeit zu über 70% von Erdgasimporten aus Argentinien abhängig. Angesichts der dortigen Energiekrise, die mit heftigen Erdgasengpässen einhergeht (s.u.) besteht in Chi-

le großes Interesse an einer Diversifikation der Erdgasquellen des Landes. Doch die Situation ist festgefahren: Seit 1978 unterhalten Bolivien und Chile keine diplomatischen Beziehungen, Erdgaslieferungen sind bis zur Neuordnung der beiderseitigen Beziehungen nur schwer denkbar.² Chile betrachtet die Pazifikfrage mit dem Friedensabkommen von 1904 als erledigt und weist darauf hin, dass Bolivien bereits freier Zugang zu sämtlichen Pazifikhäfen Chiles gewährt wurde. Bolivien hingegen beansprucht – nicht zuletzt von Präsident Carlos Mesa außenpolitisch massiv eingefordert – einen „günstigen, freien und souveränen Zugang“ in Form eines 10km breiten und etwa 160km langen Korridors entlang der chilenisch-peruanischen Grenze, was aber ein trilaterales Abkommen erfordern würde. Die geografische Lage Boliviens im „Herzen des Kontinents“ eröffnet also ambivalente Perspektiven: Einerseits befinden sich die bislang einzigen drei Gasimporteure Südamerikas (Argentinien, Brasilien und Chile) in direkter Nachbarschaft, andererseits stellt der Zwist mit Chile nicht nur für direkte Exporte sondern auch für Flüssiggas-Exporte nach Nordamerika ein massives Hindernis dar.

Flüssiggas-Exporte nach Nordamerika

In der Energieversorgung Nordamerikas spielt Erdgas eine bedeutende Rolle: Zwischen 23,5% (USA) und 29,9% (Kanada) der Primärenergie wird aus Erdgas gewonnen. Die drei NAFTA-Staaten haben weiterhin gemeinsam, dass die lokalen, nachgewiesenen Reserven bei Aufrechterhaltung des aktuellen Produktionsniveaus nur noch für etwa sieben bis neun Jahre reichen (s. Tab. 1).

Der Flüssiggas-Markt in Nordamerika birgt daher ein enormes Potenzial: Nach Prognosen der *International Energy Agency* (IEA) wird der Flüssiggas-Konsum in der Region von 14 Mrd. m³ (2003) auf 196 Mrd. m³ (2030) ansteigen. Derzeit stammen 10 Mrd. m³ des nach Nordamerika importierten Flüssiggases aus der Karibik (Trinidad & Tobago), bis 2030 sollen es 72 Mrd. m³ aus südamerikanischen Quellen sein. Diese Prognose basiert auf der Annahme, dass auf dem südlichen Teil des Kontinents eine Reihe geplanter und bereits im Bau befindlicher Flüssiggas-Exportprojekte abgeschlossen werden kann (s. Karte).

¹ BTU = *British Thermal Unit*

² Etwas inkonsequent wirken in diesem Zusammenhang die Ölexporte nach Chile (Pipeline *Sica Sica-Arica*, 20.000 Barrel/Tag). Sie werden damit gerechtfertigt, dass Bolivien nur jenen Anteil seines Erdöls an Chile liefert, der in bolivianischen Raffinerien nicht verarbeitet werden kann.

Tabelle 1: Erdgas in den Amerikas (2003)

	Reserven (Mrd. m ³)	Produktion (Mrd. m ³)	Reserven (in Jahren, bei gleich bleibender Produktion)	Anteil Erdgas an der Pri- märenergie- versorgung	Anteil Erdgas an der Elek- trizitätsprodu- ktion	Anteil Importe am Gas- verbrauch
Argentinien	766,18	42,43	18,06	49,4%	45,9%	-
Bolivien	810,70	7,62	106,33	27,1%	27,3%	-
Brasilien	245,34	14,72	16,67	6,5%	3,8%	36,2%
Chile	44,00	2,18	20,22	25,2%	25,1%	70,9%
Kolumbien	188,04	8,01	23,46	21,1%	16,8%	-
Peru	246,79	1,84	133,79	4,2%	4,5%	-
Trinidad & Tobago	587,90	26,95	21,82	99,7%	99,5%	-
Venezuela	4.147,45	33,75	122,88	40,8%	22,2%	-
Kanada	1.660,00	180,50	9,19	29,9%	5,7%	4,0%
Mexiko	420,51	57,63	7,30	24,5%	32,1%	15,9%
USA	5.230,00	549,50	9,52	23,5%	17,7%	17,3%

Quellen: OLADE (Spalte 1-3), IEA (Spalten 4-6), BP Statistical Review of World Energy (USA/Kanada).

Nach den spektakulären Erdgasfunden in Bolivien im Gefolge der *Ley de Hidrocarburos* von 1996 nahm im Dezember 2001 das Flüssiggas-Konsortium *Pacific LNG (RepsolYPF, British Gas: je 37,5%, Panamerican Gas: 25%)* erste Verhandlungen mit dem US-amerikanischen Energieversorger *Sempra Energy* auf. Unter dem Dach von *Pacific LNG* haben sich drei international aktive Partner zusammengetan: Die Konsortialfirmen besitzen nicht nur das Förderrecht auf dem Campo Margarita (Tarija), einem der größten Gasfelder Lateinamerikas (380 Mrd. m³, inkl. wahrscheinliche Reserven), sie sind auch die Betreiber der bislang einzigen Gasverflüssigungsanlage des Kontinents in Trinidad & Tobago, wo sie sich den Namen *Atlantic LNG* gegeben haben.

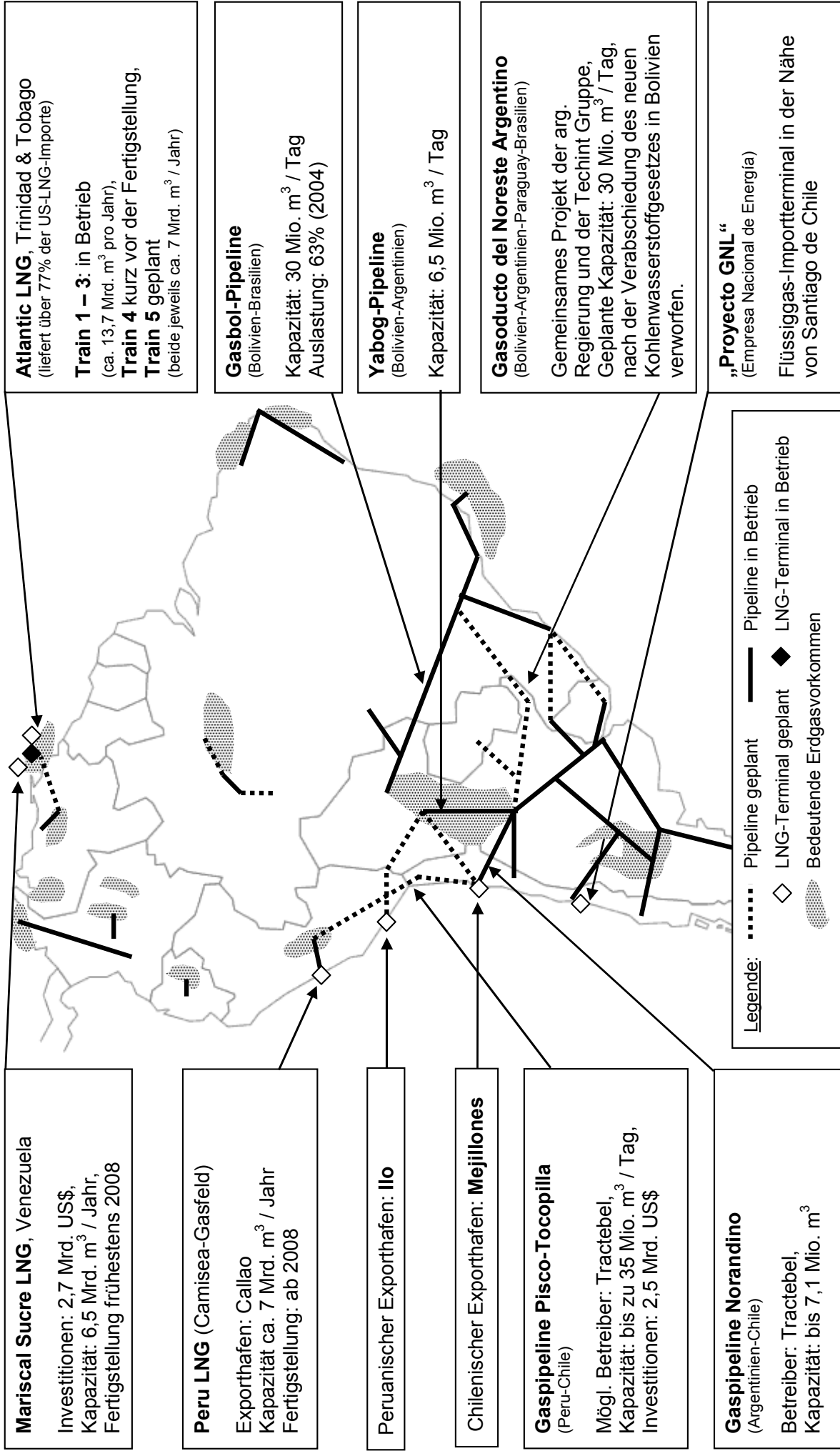
Zu einem Preis ab Bohrturm zwischen US\$ 1,05 und US\$ 1,55 / Mio. BTU sollten über eine Laufzeit von 20 Jahren hinweg insgesamt 168 Mrd. m³ Erdgas in die USA verschifft werden, was etwa einem Fünftel der heute nachgewiesenen Reserven Boliviens entspricht. Geplant waren ursprünglich Investitionen in Höhe von US\$ 6 Mrd. in eine Pipeline vom Campo Margarita bis zum Hafen von Mejillones (Chile) sowie in ein Verflüssigungs-Terminal auf dem dortigen Hafengelände. *Sempra Energy* sollte das Flüssiggas auf

Spezialtankern an seine noch im Bau befindliche Regasifizierungsanlage im mexikanischen Costa Azul (Kosten: US\$ 600 Mio., Kapazität: 28 Mio. m³/Tag) liefern und von dort aus via Pipeline nach Kalifornien leiten. Das Projekt stieß in Bolivien jedoch aufgrund der Verwendung eines chilenischen Hafens und des Vorwurfs, der Exportpreis sei zu niedrig, auf starke Widerstände.

Boliviens „Krieg um das Gas“ (2002-2003)

„*La guerra del gas*“ – „Krieg um das Gas“ – war der vom Anführer der bolivianischen Co-ca-Bauern Evo Morales erfundene Slogan, unter dem sich die erste nationale Auseinandersetzung um die Kontrolle und Bewirtschaftung der Gasvorkommen vollzog. Im zweiten Halbjahr 2003 befanden sich die Verhandlungen mit Chile über die Exportpipeline bereits in der Endphase, gleichzeitig hielt sich die Regierung Sánchez de Lozada aber – vor allem zur Beruhigung der Öffentlichkeit – die Option offen, den Export über den Hafen in Ilo (Peru) abzuwickeln. *Pacific LNG* hatte jedoch unter Berufung auf eine Studie der *Bechtel Corp.* bereits verlautbart, die peruanische Transportroute sei 240km länger, US\$ 700 Mio. teurer und damit nicht rentabel.

Karte: Existierende und geplante Gaspipelines / Flüssiggas-Terminals in Lateinamerika (Auswahl, schematische Darstellung)



Quelle: Eigene Darstellung

Kartenurmriss: Sciences Po Cartographie

Es überrascht nicht, dass peruanische Studien den zusätzlichen Investitionsaufwand auf weniger als die Hälfte schätzten. Im nördlichen Nachbarland plant derzeit das Betreiberkonsortium des Gasfelds *Camisea* (*Hunt Oil/SK Corp./Techint*) ein Konkurrenzprojekt zu *Pacific LNG*, das sich *Peru LNG* getauft hat. Angesichts der Perspektive, zum größten Flüssiggas-Exporteur Südamerikas zu avancieren, versuchte die peruanische Seite, *Pacific LNG* für die Errichtung des Exportterminals in der Freihandelszone von Ilo zu gewinnen. Die Entscheidung über die Genehmigung des Exporthafens sollte in La Paz bis November 2003 getroffen werden, die Unterzeichnung des Vertrags war für Dezember geplant.

Nachdem der regierende bolivianische Präsident Sánchez de Lozada am 13. September 2003 zu Gesprächen nach Mexiko gereist war, und allmählich durchsickerte, dass die Verhandlungen mit Chile kurz vor dem Abschluss standen, überschlugen sich die Ereignisse. In einer Situation, in der Umfragen zufolge nur noch 9% der Bolivianer hinter ihrem Präsidenten standen, 74% diesen dagegen ablehnten, passte den Anführern der verschiedenen Protestbewegungen Boliviens die erneute Aktualisierung der Pazifik-Frage durch die Streckenführung der Gaspipeline ins politische Kalkül: Evo Morales (*Movimiento al Socialismo*, MAS) unterstrich seine Forderung nach Annullierung der Verträge mit Öl- und Gasfirmen und einem Referendum über die Gasexporte; Felipe Quispe, Anführer des *Movimiento Indígena Pachacuti* (MIP) und der *Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* (CSUTCB), befand sich ohnehin schon mit über Tausend Landarbeitern im Hungerstreik und drohte mit der „Belagerung“ von La Paz und „Entfesselung eines Bürgerkriegs“.

Die Antwort des bolivianischen Verteidigungsministers Carlos Sánchez, in diesem Fall sei die Armee zu einem entschiedenen Eingreifen bereit, war ein erstes Anzeichen für die Nervosität und Hilflosigkeit der Regierung. In den folgenden Wochen wurde die Gasdebatte mit den verschiedensten, regional differierenden Problematiken Boliviens zu einer explosiven Mischung verquickt, die so genannte „*Guerra del Gas*“ nahm ihren Lauf und führte zum Rücktritt von Präsident Sánchez de Lozada. In der Folge übernahm Vizepräsident Carlos Mesa das Amt.

Viele der Protestgruppen des Landes versuchten, die Umbruchsituation für ihre Zwecke zu nutzen und ihre Anliegen im Kontext der Debatte um die Nutzung der Ressource „Gas“ durchzusetzen. Neben dem gemeinsamen Feindbild Chile teilen die verschiedenen Gruppierungen eine all-

gemeine Aversion gegenüber den USA, multinationalen Unternehmen und dem Internationalen Währungsfonds. Das Spektrum der gestellten Forderungen reichte von Lohnerhöhungen über die Subventionierung der Kleinbauern bis hin zur Rückgängigmachung der Privatisierungspolitik (vgl. Brennpunkt Lateinamerika 21/2003).

Boliviens „Krieg um das Gas“ (Chronologie)

(Vorgeschichte)

26. November 2002: Die *Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos* (CSUTCB) kündigt eine *guerra total* gegen die Regierung an.

21. Januar 2003: Evo Morales (MAS) startet eine Kampagne gegen die chilenische Transportroute.

26. Januar: Sánchez de Lozada und Morales unterschreiben einen *acta de entendimiento* zur Befriedung Boliviens.

12. Februar: Blutige Proteste gegen die Einführung einer Lohnsteuer erschüttern das Land. Während der Ausschreitungen kommt es zu Schießereien zwischen Polizeikräften und Armee, die zu 31 Todesopfern führen.

8. September 2003: Evo Morales ruft zu Demonstration in La Paz auf.

15. September: Bauernproteste (Straßenblockaden) gegen das Gasexport-Projekt.

17. September: Evo Morales wirft Sánchez de Lozada vor, einen Staatsstreich zu planen. Die *Confederación de Naciones Originarias Indígenas de Bolivia* droht offen damit, die geplante Pipeline notfalls durch Bombenanschläge zu verhindern.

19. September: Zehntausende Bolivianer nehmen an Protestmärschen in La Paz, El Alto, Cochabamba und weiteren Städten teil.

20. September: Sechs Todesopfer (darunter ein Soldat und ein Kleinkind) und 13 Verletzte bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in Warisata, 100km von La Paz entfernt. Als Reaktion auf die Geschehnisse von Warisata kündigt der *Movimiento Sin Tierra* (MST) weitere Landbesetzungen an.

25. September: Die *Central Obrera de Bolivia* (COB) schließt sich den Protesten an, ruft zum Streik sowie zu Straßenblockaden auf und fügt eine entscheidende Forderung hinzu: den Rücktritt Sánchez de Lozadas.

29. September: Landesweit beginnt ein unbefristeter Streik.

9.-12. Oktober: Gewaltsame Ausschreitungen in El Alto.

13./14. Oktober: Die Gewalt schwappt ins 15km entfernte La Paz über. Bislang sind 60 Todesopfer zu beklagen. Sánchez de Lozada suspendiert die Exportpläne und bietet ein Referendum an.

17. Oktober: Sánchez de Lozada tritt zurück, Vizepräsident Carlos Mesa wird vom Kongress verfassungsgemäß als neuer Präsident vereidigt.

Referendum und neues Gesetz

Der neue Präsident Carlos Mesa, der sich während der *Guerra del Gas* von Sánchez de Lozada distanziert hatte, ernannte nach seinem Amtsantritt ein „Kabinett ohne Parteien“ und versicherte, er wolle das von seinem Vorgänger in Aussicht gestellte Referendum über die Verwendung der Öl- und Gasreserven tatsächlich durchführen. Neun Monate später, am 17. Juli 2004, wurden alle fünf Fragen des Referendums von den Bolivianern mehrheitlich mit „Ja“ beantwortet.³ Aufgrund der Formulierung der Fragen bestand jedoch kein Konsens darüber, was das „Ja“ für die politische Praxis bedeuten würde. Die Opposition sah sich in ihrer Forderung nach vollständiger Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrie und Verwerfung des Flüssiggas-Projekts bestätigt. Die Eliten der gasreichen Departments Tarija (87,5% der Reserven) und Santa Cruz (9,3% der Reserven) deuteten den Ausgang indes als endgültigen Startschuss für die Vorbereitung der Flüssiggas-Exporte.

Auf einen Gesetzentwurf der Regierung, der (zusätzlich zu der bestehenden Abgaben in Höhe von insgesamt 18%) die Einführung einer Gewinnsteuer in Höhe von 32% vorsah, reagierte der MAS mit einem Gegenentwurf, der mittels einer direkten Steuer die effektive Abgabenlast auf 50% anzuheben beabsichtigte. Der Kongress verabschiedete schließlich am 5. Mai 2005 ein neues Gesetz, dessen wesentliche Züge durch den Entwurf des MAS geprägt waren. Die wichtigsten Neuerungen dieser *Ley de Hidrocarburos 3058* sind die Einführung einer Direktsteuer in Höhe von 32%, die Anpassung der bestehenden Verträge mit Öl- und Gasfirmen an die neue Gesetzeslage binnen 180 Tagen und die Rückführung des Öl- und Gasunternehmens *Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos* (YPFB) in staatliches Eigentum.

Nach langwieriger Konfrontation zwischen Exekutive und Legislative, deren Höhepunkt am 7. März 2005 mit dem abgelehnten Rücktrittsgesuch Mesas erreicht war, wurde schließlich am 17. Mai das neue Gesetz durch den Präsidenten des Kongresses verkündet. Mesa hatte sich zuvor geweigert, das Gesetz zu unterschreiben, jedoch – um den Konflikt um seine Person und seine kritische Position zum Gesetz nicht weiter zu verschärfen – auch kein Veto gegen das Gesetz eingelegt.

³ Der Wortlaut der Fragen ist nachzulesen unter: www.bolivia.gov.bo/bolivia/paginas/referendum.htm.

Die ambivalente Haltung des bolivianischen Präsidenten lässt sich nicht zuletzt auf die Verpflichtungen seines hochverschuldeten Landes gegenüber dem IWF zurückführen: In einem *Letter of Intent* anlässlich der Verlängerung eines 2003 gewährten *Stand-by*-Kredits in Höhe von US\$ 129 Mio. schrieb die Regierung im Juni 2004, sie sei darum bemüht, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen den Wünschen der Bevölkerung einerseits und der Sicherung eines geeigneten Rahmens zur Erweiterung privater Investitionen im Gassektor andererseits. Dieses Ziel wurde mit dem neuen Gesetz definitiv verfehlt. Die wichtigsten Gasfirmen, darunter *RepsolYPF*, *Total* und *Petrobras* haben bereits angekündigt, ihre Investitionen ab sofort auf ein Minimum zu reduzieren und beim *International Centre for Settlement of Investment Disputes* (Weltbank) Beschwerde einzulegen. Diesen Klagen dürfen aufgrund der Vertragslage durchaus Erfolgsaussichten eingeräumt werden; jenseits dieser rechtlichen Fragen sind damit aber auch Projekte wie der Petroindustriekomplex an der bolivianisch-brasilianischen Grenze in weite Ferne gerückt.

Eskalation der Konflikte: Ausweg Neuwahlen?

Der Opposition hingegen geht das neue Gesetz noch nicht weit genug: Erklärtes Ziel ist die vollständige Verstaatlichung der bolivianischen Gasindustrie. In den letzten Wochen mobilisierten die Gewerkschaftszentrale COB und die Anhängerschaft von Evo Morales erneut die Massen: Straßenblockaden und Märsche auf das Parlament, die mit Nahrungsmittel- und Treibstoffengpässen in La Paz und weiteren Städten einhergingen, verschärften das politische Klima. Nachdem am 6. Juni inmitten der Proteste fünfhundert mit Dynamit bewaffnete Demonstranten versucht hatten, den Regierungspalast zu stürmen, bot Präsident Mesa erneut seinen Rücktritt an. Nach der Annahme des Rücktrittsgesuchs durch den bolivianischen Kongress am 9. Juni übernahm der Präsident des Verfassungsgerichts, Eduardo Rodríguez, das Präsidentenamt und kündigte an, binnen sechs Monaten Neuwahlen anzuberaumen.

Bei den Neuwahlen kann sich Oppositionsführer Evo Morales gute Chancen auf einen Wahlsieg und sein Ziel einer verfassungsgebenden Versammlung ausrechnen. Zwar ist die Zustimmung zu seiner Politik von 40% (unmittelbar nach den Gemeindewahlen im Dezember 2004) auf 21% im Mai 2005 gesunken, doch ein Ergebnis über 20% könnte bereits zum Wahlsieg reichen, da wohl auch alle bekannten Gegenkandidaten keine höhere Zustimmung erlangen wer-

den. Aus den Munizipalwahlen im vergangenen Dezember ging Morales' *Movimiento al Socialismo* mit 18,4% bereits als stärkste Partei hervor, die traditionellen Parteien wurden abgestraft (vgl. Brennpunkt Lateinamerika 06/2005). Der als aussichtsreichster Gegenkandidat gehandelte, konservative Ex-Präsident Jorge Quiroga (2001/02) wird es in diesem Umfeld schwer haben, sich durchzusetzen.

Ein Wahlsieg von Evo Morales würde die Spaltung Boliviens zwischen den (erdgas-)reichen Departements Santa Cruz und Tarija einerseits und dem armen Altiplano (wo Morales seine Basis besitzt) andererseits weiter vertiefen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die auf Autonomie drängenden Eliten in Santa Cruz und Tarija von einem Präsidenten Morales widerstandslos die Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrie diktieren lassen werden. In beiden Regionen arbeiten starke Bürgerkomitees, für die ein Referendum für eine größere Autonomie vom Zentralstaat unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Diesen Komitees hatte Präsident Carlos Mesa zuletzt zugesagt, am 16. Oktober, zusammen mit der Wahl von Vertretern für eine verfassungsgebende Versammlung, ein Referendum über die Gewährung größerer Autonomie durchzuführen. Ob es angesichts der Neuwahlen zur Durchführung des Referendums kommen wird, ist ungewiss. Der Druck auf den neuen Präsidenten Rodríguez in diese Richtung wird sicherlich wachsen, die Bewahrung Boliviens als Einheitsstaat wird dabei zunehmend prekär.

Dem Autonomieprojekt der wirtschaftlichen Eliten im südlichen und östlichen Tiefland, das vor allem der Sicherung der Öl- und Gaseinnahmen dient, steht das extremistische Projekt Felipe Quispe gegenüber, der im Hochland mit seinem *Movimiento Indígena Pachacuti* für eine Art Aymara-Nation („*Qullasuyu*“) eintritt. Wichtiger Teil der indigenen Agenda ist neben größerer Selbstbestimmung – für die man im Rahmen der verfassungsgebenden Versammlung eintreten will – auch das Erdgas: In einer „*Aruskipasipxañani*“ genannten Erklärung des *Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu* (Vertretung der Aymara, *Qhichwa* und *Uru*) wird unter anderem die unabhängige Verwaltungshoheit über Ressourcen auf indigenem Territorium, die Rücksichtnahme auf indigene Vorstellungen vom Umgang mit der Natur und die Beteiligung an der Entscheidung über Erdgasexporte nach Nordamerika gefordert. Einen nationalen Konsens in dieser Frage herbeizuführen, dürfte sich für jeden möglichen Präsidenten als sehr schwieriges Un-

terfangen erweisen, zu sehr ist diese Frage inzwischen ideologisch polarisiert worden.

Extrempositionen in der Erdgaspolitik

Im Bemühen um die Schaffung attraktiver Investitionsbedingungen im Öl- und Gassektor ist Bolivien 1996 mit der alten *Ley de Hidrocarburos* deutlich über das Ziel hinaus geschossen. Mittels des reichlich ins Land strömenden Kapitals ist es zwar gelungen, in erheblichem Umfang neue Erdgasvorkommen zu erschließen und mit der *Gasbol*-Pipeline eines der größten Infrastrukturprojekte Südamerikas durchzuführen, doch die günstigen Bedingungen, zu denen diese Investitionen ins Land kamen, konnten der Bevölkerung nicht als gerechtfertigt vermittelt werden. Die Befürchtung, nach Silber und Zinn könnte nun mit dem Erdgas auch die letzte Chance auf Wohlstand leichtfertig vergeben werden, führt in Bolivien zu einer großen Sensibilität gegenüber vermeintlich ausbeuterischen Extraktionsmodellen. Nach der Rücknahme der investorfreundlichen Politik durch die Verabschiedung der neuen *Ley de Hidrocarburos 3058* steuert das Land nun auf eine diametral entgegengesetzte Position zu: Sollten sich jene Kräfte durchsetzen, die für die vollständige Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrie des Landes eintreten, verlöre man nicht nur das Know-how und das Kapital der multinationalen Konzerne, auch würde das Verhältnis zu den für Bolivien zentralen internationalen Finanzorganisationen und zu den Nachbarländern Argentinien und Brasilien nachhaltig gestört. Beide Länder haben bedeutende Interessen im bolivianischen Öl- und Gassektor: Brasilien aufgrund des herausragenden Engagements seitens *Petrobras* in Bolivien, Argentinien wegen der Erdgasengpässe im eigenen Land. Auch die einflussreichen wirtschaftlichen Eliten Boliviens werden einer Verstaatlichungspolitik nicht tatenlos zusehen. Wenn es Bolivien daher nicht gelingt, eine gemäßigte Rohstoffpolitik zu formulieren, wird das Erdgas weiterhin ein – innen- und außenpolitisch bisweilen willkommener – Kristallisationskern für vielfältige Konfliktkonstellationen bleiben, und auch die (Ab-)Spaltungstendenzen innerhalb des Landes verschärfen, so dass manche Beobachter schon von einem möglichen Bürgerkrieg sprechen.

Erdgas in Argentinien

Ähnlich wie in Bolivien, kam es im Gefolge der Privatisierungen im argentinischen Öl- und Gassektor Anfang der 90er Jahre während der Amtszeit Menems zu bedeutenden Investitionen. Nach

der Privatisierung des Staatsunternehmens YPF (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales; heute: RepsolYPF*) und der weitgehenden Öffnung der *upstream-* und *downstream-*Industrie registrierte die Weltbank zwischen 1990 und 1997 elf Transportinfrastruktur-Projekte mit Investitionen in Höhe von US\$ 6,3 Mrd. In keinem anderen Entwicklungsland wurde im gleichen Zeitraum mehr in Erdgasinfrastruktur investiert. Doch die Krise der Jahre 2001/2002 hat den argentinischen Energiesektor mit der Entwertung des Peso und dem Einfrieren der Energiepreise innerhalb kürzester Zeit lahm gelegt. Regierung und Unternehmen beschuldigen sich gegenseitig, für das mangelnde Energieangebot verantwortlich zu sein. Präsident Kirchner wirft den Unternehmen vor, während der profitablen 90er Jahre ihre Gewinne ins Ausland geschafft und dann in der Krise dem Land den Rücken gekehrt zu haben.⁴ Die Unternehmerseite hält dem entgegen, es hätten aufgrund der Umwandlung von Dollar-Guthaben und -Verbindlichkeiten in Pesos (*pesificación*) und der auf niedrigem Niveau eingefrorenen Energiepreise schlichtweg keine Anreize bestanden, in Exploration oder Produktions- und Distributionsinfrastruktur zu investieren.

Von der Wirtschafts- zur Energiekrise

Das Jahr 2004 war in Argentinien gekennzeichnet von Energieengpässen. Einige Beobachter vertreten die Meinung, die Versorgungsengpässe seien Teil einer Strategie der Förderunternehmen, um die regulierten Preise zu erhöhen (vgl. Kozulj 2005). Die Unternehmen hätten geradezu auf eine Verschärfung der Engpässe hingearbeitet, um Erdgasimporte aus Bolivien notwendig zu machen, und über diesen Hebel weiteren Preisdruck auf Argentinien's Regierung auszuüben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Lieferanten und Abnehmer bei den bolivianisch-argentinischen Gaslieferungen häufig Tochterunternehmen desselben Konzerns sind (z.B. *RepsolYPF* und *Repsol Andina de Bolivia*). Tatsächlich hat im April 2004 die argentinische Regierung ein Regulierungsgesetz (*Esquema de Normalización de los Precios del Gas Natural en Punto de Ingreso al Sistema de Transporte*) beschlossen, das eine sukzessive Preiserhöhung bis Juli 2005 (bzw. Juli 2006 für die privaten Haus-

halte) vorsieht. Im Gegenzug mussten die Unternehmen Garantien für die Versorgung der Elektrizitätswerke abgeben. Ein weiteres Zeichen für den Erfolg der Strategie der argentinischen Energieversorger ist die Tatsache, dass das Energieministerium in seinem *Energieplan 2004-2008*, mangels privater Initiativen, staatliche Infrastrukturinvestitionen von über 11 Mrd. Pesos (US\$ 3,8 Mrd.) angekündigt hat.

Integration im südamerikanischen Energiesektor – Venezuela als Joker?

Dem traditionellen Netto-Energieexporteur Argentinien mussten im Zuge der Gasengpässe Bolivien, Brasilien und Venezuela unter die Arme greifen.⁵ Gegenüber Bolivien musste sich Argentinien verpflichten, dass nicht ein Molekül bolivianischen Gases nach Chile weiterfließen würde. De facto ermöglichten die Gasimporte jedoch eine Erhöhung der Exporte argentinischen Erdgases nach Chile, die während des Höhepunktes der Krise im Juni 2004 nur noch 45% der vertraglich vereinbarten Liefermenge erreicht hatten. Ungeachtet des starken Improvisationscharakters der regionalen Unterstützung für Argentinien, deutete Hugo Chávez den Zusammenhalt der südamerikanischen Länder als Beweis für die voranschreitende Integration in Energiefragen. Sein Projekt, mit *Petrosur* ein multinationales, staatliches Energieunternehmen zu gründen, befindet sich bislang – vor allem angesichts begrenzter brasilianischer Begeisterung – noch im Anfangsstadium. Immerhin existiert in Argentinien seit Mai 2004 wieder ein staatliches Energieunternehmen (ENARSA), und auch in Bolivien besteht mit der erst kürzlich in Staatseigentum zurückgeführten YPFB wieder ein Ansatzpunkt für derartige Pläne. Venezuelas Gasreserven, die mit Abstand die größten in Südamerika darstellen, könnten sich damit für das von Hugo Chávez angestrebte Integrationsprojekt der Südamerikanischen Staatengemeinschaft als der entscheidende Trumpf erweisen.

⁴ Nach einem internen Bericht der argentinischen Regulierungsbehörde ENARGAS sollen die elf privaten Gasfirmen des Landes zwischen 1992 und 2001 US\$ 3,9 Mrd. (81% der Gewinne) an die Aktionäre ausgeschüttet haben (vgl. International Gas Report Nr. 493 vom 13.02.2004, S. 24).

⁵ Venezuela verpflichtete sich zwischen Mai und Oktober 2004 insgesamt 8 Mio. Barrel Schweröl zu liefern. Von Juni bis November 2004 lieferte Brasilien 500 Megawatt Strom, was einer Entlastung von etwa 2,5 Mio. m³ Erdgas / Tag entspricht. Ab Juni 2004 importierte man zusätzliche 4 Mio. m³ Erdgas / Tag durch die wiederingeweihte *Yabog*-Pipeline aus Bolivien.

Argentinien's Energiekrise und ihre Auswirkungen auf Chile

Argentinien ist durch sieben internationale Gaspipelines, die zwischen 1996 und 1999 gebaut wurden, mit Chile verbunden (s. Tab. 2). Chile selbst hat nur sehr begrenzte Erdgasreserven (44 Mrd. m³) und die jährliche Produktion stagniert seit Jahren auf niedrigem Niveau (2003: 2,18 Mrd. m³). Der jährliche Erdgaskonsum in Chile ist dank Importen aus Argentinien zwischen 1993 und 2002 von 1,73 Mrd. m³ auf 6,45 Mrd. m³ gestiegen. Insgesamt deckt Chile etwa ein Viertel seines Primärenergieverbrauchs mit Erdgas, das zu über 70% aus Argentinien, dem einzigen Erdgaslieferanten des Landes, importiert wird. Im Jahre 2004 kam es zu erheblichen Spannungen in den Beziehungen zwischen Argentinien und Chile, da die Regierung Kirchner aufgrund interner Engpässe vertragswidrig die Exporte in das Nachbarland drosselte. Abbildung 2 veranschaulicht die Auswirkungen der argentinischen Ex-

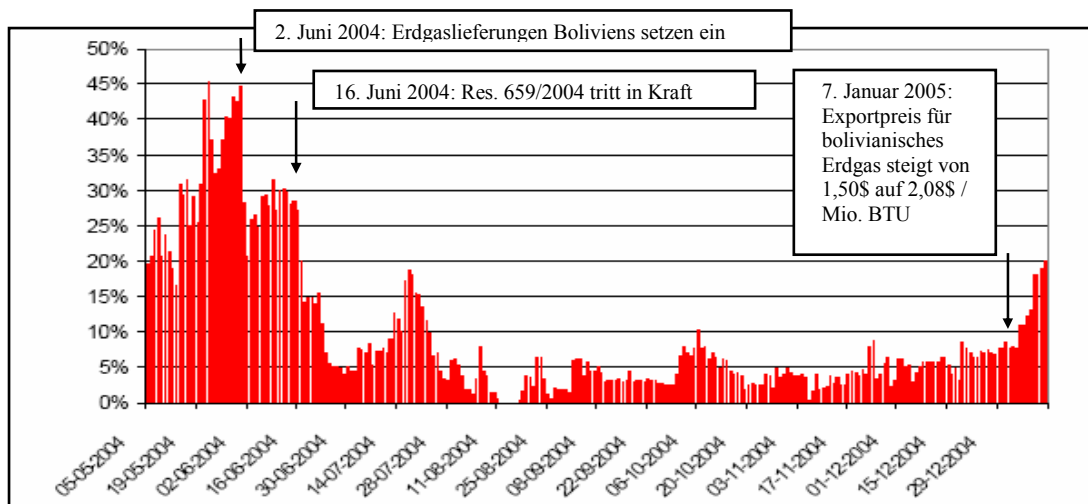
portbeschränkungen auf Chile im Zeitraum von Mai 2004 bis Januar 2005. Obwohl sich die Lage inzwischen entspannt hat, lagen die Gaslieferungen Argentinien's Anfang Juni 2005 immer noch 13% unter der vertraglich vereinbarten Liefermenge (Angaben laut der chilenischen *Comisión Nacional de Energía*).

Tab. 2: Gaspipelines zwischen Chile und Argentinien

	in Betrieb seit	Kapazität (Mio. m ³ / Tag)	Länge (km)
Gasatacama	1999	8,5	941
Norandino	1999	7,1	862
GasAndes	1997	9	463
Gas Pacifico	1999	9,7	537
Bandurria	1996	2	83
Dungeness-DAU Nr.2	1999	2,8	33
Condor-Posesión	1999	2	9

Quelle: Comisión Nacional de Energía (Chile), www.cne.cl/hidrocarburos/gas/cuadro12.php.

Abb. 2: Kürzungen der argentinischen Gaslieferungen an Chile



Quelle: Comisión Nacional de Energía (Chile).

Chile: Auf der Suche nach neuen Lieferanten

In Anbetracht der unsicheren Versorgungslage ist Chile nun weltweit auf der Suche nach neuen Lieferanten. Die Ausschreibung der *Empresa Nacional del Petroleo* (ENAP) für das so genannte „Proyecto GNL“, ein Flüssiggas-Importterminal in der Nähe von Santiago de Chile, läuft bereits. Das *Proyecto GNL* könnte mit Flüssiggas aus Peru (*Peru LNG*) oder Indonesien beliefert werden und auf diesem Weg die Versorgung zweier erdgasbefuerter Kraftwerke Chiles sicherstellen. Damit würde man allerdings etwa US\$ 4,00 bis 4,50 / Mio. BTU zahlen – statt der US\$ 2,50, mit denen chilenische Kraftwerke bisher kalkulieren.

Eine interessante Alternative stellen daher peruanische Gaslieferungen via Pipeline dar: Die zum französischen *Suez*-Konzern gehörende *Tractebel* führt bereits eine Machbarkeitsstudie für eine 1150 km lange Pipeline von Pisco (Peru) nach Tocopilla (Chile) durch. Die peruanische Seite wird diese Pipeline aufgrund des starken Interesses an der Realisierung des Flüssiggas-Projektes *Peru LNG* jedoch lediglich als Ergänzung zu eventuellen Flüssiggas-Lieferungen genehmigen. Sollte es zum Bau der Pipeline kommen, wären über die chronisch unausgelasteten Pipelines *Norandino* (Betreiber: *Tractebel*) und *Gasatacama* auch Erdgaslieferungen von Peru über Chile nach Argentinien möglich. Dies könn-

te eine mittelfristige Lösung für die argentinischen Energieprobleme darstellen, nachdem mit der Verabschiedung der neuen *Ley de Hidrocarburos* in Bolivien die Pläne zum Bau einer neuen Pipeline zwischen Bolivien und Argentinien (*Gasoducto del Noreste Argentino*, Kapazität: 20-30 Mio. m³ / Tag) mangels Rentabilität verworfen worden sind.

Die chilenisch-argentinische Gaskrise (Chronologie)

2.8.1991: Argentinien und Chile unterzeichnen den *Acuerdo de Complementación Económica No. 16* (ACE 16), der *“Normas que regulan la interconexión gasífera y el suministro de gas natural entre la República Argentina y la República de Chile”* enthält.

20.11.2003: Arbeitsgruppe wird eingerichtet, die ein *“Manual de Procedimientos para la Coordinación de Contingencias en el suministro de gas entre ambos países”* ausarbeiten soll.

Ausbruch der Krise

24.3.2004: *Resolución No. 265/2004* der *Secretaría de Energía* (SE)

→ *“Suspensión de la exportación de excedentes de gas natural que resulten útiles para el consumo interno”*.

→ *“Programa de racionalización de exportaciones de gas y del uso de la capacidad de transporte”*.

26.3.2004: Der *Secretario Ejecutivo* der *Comisión Nacional de Energía*, Luis Sánchez Castellón, und der *Ministro de Economía y Energía*, Jorge Rodríguez Grossi, reisen nach Buenos Aires. Die argentinische Seite verspricht, sämtliche Maßnahmen, die Gaslieferungen nach Chile beeinträchtigen, mit den chilenischen Behörden zu koordinieren.

29.3.2004: *Disposición No. 27/2004* der *Subsecretaría de Combustibles*

→ Die *Ente Nacional Regulador del Gas* (ENARGAS) und *Compañía Administradora del Mercado Mayorista Eléctrico S.A.* (CAMMESA) informieren täglich über eventuelle Gas-Engpässe. Die *Subsecretaría de Combustibles* veranlasst daraufhin Inhaber von Exportlizenzen, entsprechende – eigentlich für den Export bestimmte – Erdgasmengen auf den argentinischen Markt umzuleiten, es sei denn, sie können die fehlende Energiemenge in anderer Form liefern.

→ Die Exporte dürfen das Niveau von 2003 nicht überschreiten.

→ Durch die Exportbeschränkung wird der Engpass – entgegen den Bestimmungen des ACE 16 – so weit wie möglich nach Chile abgewälzt.

2.4.2004: Sánchez Castellón richtet sich mit einem Brief an den argentinischen *Secretario de Energía*, Daniel Cameron, und verlangt die Beachtung des ACE 16. Dort heißt es in Art. 7:

“Las partes procederán de acuerdo al principio de no discriminación respecto de los consumidores afectados, cualquiera sea la ubicación geográfica de estos, en los casos de fuerza mayor o caso fortuito que afecten temporalmente elementos de infraestructura que sean comunes a la exportación de Argentina hacia Chile o de Chile hacia Argentina y al consumo interno, diciéndose en

todos los casos mantener la proporcionalidad existente en condiciones normales.”

24.4.2004: Einrichtung einer bilateralen Ad-hoc-Arbeitsgruppe zum Austausch von Informationen und Lösung des Konflikts.

Anfang Juni 2004: Bolivianische Erdgaslieferungen setzen ein (4 Mio. m³ / Tag); Brasilien beginnt, Strom zu liefern (500 MW).

→ Die effektive Beschränkung der Exporte reduziert sich schlagartig von etwa 45% auf 30% (vgl. Abb. 2).

17.6.2004: Nach zehn Sitzungen der bilateralen Ad-hoc-Arbeitsgruppe tritt die *Resolución No. 659/2004* (*Secretaría de Energía*) in Kraft.

→ Die Exportbeschränkung auf das Niveau von 2003 wird aufgehoben.

→ Weitere Entspannung der Lage. Die Beschränkungen betragen bis zum Jahresende weniger als 15%, was etwa der normalen Unterauslastung der Verträge entspricht (vgl. Abb. 2).

7.1.2005

→ Nach der Anhebung des Preises für bolivianisches Gas von US\$ 1,50 auf US\$ 2,08 / Mio. BTU kommt es wieder verstärkt zu Exportkürzungen – NB: Chile zahlt nur US\$ 1,60 / Mio. BTU.

Fazit

Die jüngsten Ereignisse in Bolivien haben gezeigt, dass Erdgas mehr denn je eine strategische Ressource auf dem südamerikanischen Subkontinent darstellt. Der bolivianische Ex-Präsident Carlos Mesa ging sogar so weit, sich den Status des Gases als *recurso estratégico* per Referendum bestätigen zu lassen. Mit der drastischen Kehrtwende in der Erdgaspolitik ist Bolivien nun auf dem besten Wege, sich international zu isolieren. Unter den Bedingungen der *Ley de Hidrocarburos 3058* werden die notwendigen Investitionen zur Erschließung neuer Märkte nicht aufzubringen sein. Die bereits im Land etablierten Gasfirmen werden wegen der bolivianischen Vertragsbrüchigkeit Beschwerde einreichen und ansonsten Schadensbegrenzung zur Sicherung ihrer Investitionen betreiben. Ein prosperierendes Bolivien entsteht so nicht.

Die negativen Auswirkungen des bevorstehenden Stillstands im bolivianischen Erdgassektor machen jedoch nicht an der Grenze halt: Die argentinischen Hoffnungen auf schnelle Linderung der hausgemachten Energiekrise wurden enttäuscht, Chile macht Anstalten, mit großem Aufwand Flüssiggas aus Peru oder Indonesien zu importieren und auf diese Weise bis zu 80% mehr für sein Erdgas auszugeben. Zum Schaden aller Beteiligten zeitigt der 122 Jahre zurückliegende Pazifikkrieg hier geradezu absurde Konsequenzen: In Chile werden enorme finanzielle Leistungen erforderlich, um die Energieversorgung abzusichern, während im Nachbarland die

zweitgrößten Erdgasreserven Südamerikas keinen Abnehmer finden. Es bleibt nur zu hoffen, dass die beiden Länder zu einer gütlichen Lösung ihrer traditionellen Konflikte in der Pazifik-Frage kommen. Die Chancen dafür sind gegenwärtig als gering einzustufen, da sie mit historisch aufgeladenen Statusfragen verbunden sind. Der chilenische Wirtschafts- und Energieminister Rodríguez Grossi wird nicht müde zu betonen, Chile habe Bolivien nie um Erdgas gebeten und seine Regierung plane dies auch in der Zukunft nicht

zu tun. Würde sich die „Südamerikanische Staatengemeinschaft“ beim Wort nehmen, sollten derartige Konflikte der Vergangenheit nicht die Chancen der Zukunft verstellen. Allerdings zelebriert gegenwärtig in Südamerika die neue Macht China mit ihrem „Ressourcenhunger“ einen regionalen Auftritt, der in den Augen vieler Akteure des Subkontinents die „süßesten Früchte“ reifen lässt. Die sich um das Gas rankenden Interessen stellen insoweit keine Ausnahme dar.

Benutzte Quellen

- CEPAL (2005): La inversión extranjera en América Latina y el Caribe. Santiago de Chile (www.cepal.cl/publicaciones/DesarrolloProductivo/9/LCG2269PE/IED-2004.v.word.pdf).
- Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación (Hrsg.) (2002): Gas Natural en Bolivia. Desafíos y Perspectivas. La Paz.
- International Gas Report, versch. Ausgaben.
- Izaguirre, A.K. (1999): Private Participation in the Transmission and Distribution of Natural Gas (<http://rru.worldbank.org/Documents/PublicPolicyJournal/176izagu.pdf>).
- Kozulj, J. (2005): Crisis de la industria del gas natural en Argentina. Santiago de Chile: CEPAL (www.eclac.cl/publicaciones/RecursosNaturales/2/LCL2282PE/lcl2282e.pdf).
- Maihold, G. (2004): Die südamerikanische Staatengemeinschaft. Ein neuer Partner für die EU in Lateinamerika? SWP-Aktuell 2004/60 (www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1136).
- Mariaca, E./Villegas, C./Zaratti, F. et al. (Hrsg.) (2002): Política de hidrocarburos en Bolivia y observaciones al proyecto de venta de gas a Mexico-Estados Unidos. La Paz.
- OECD/IEA (2003): South American Gas. Daring to Tap the Bounty. Paris (www.iea.org/textbase/nppdf/free/2000/southa_2003.pdf).
- (2004): World Energy Outlook 2004. Paris.
- Sánchez Albavera, F. (2005): Bases conceptuales para la elaboración de una nueva agenda sobre los recursos naturales. Santiago de Chile: CEPAL (www.eclac.cl/publicaciones/RecursosNaturales/3/LCL2283PE/lcl2283e.pdf).
- Villegas Quiroga, C. (2002): Privatización de la Industria Petrolera en Bolivia. Trayectoria y efectos tributarios. La Paz.
- World Gas Intelligence, versch. Ausgaben.

Autorennotiz:

Jörg Husar ist Student der *Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien*, Teilnehmer an einem deutsch-argentinischen Doppeldiplomprogramm (Universität Passau / Universidad del Salvador, Buenos Aires) und Mitglied der Arbeitsgruppe „Ressourcenpolitik in Lateinamerika“ bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.
E-Mail: husar01@stud.uni-passau.de

Günther Maihold, Dr. phil., ist stellv. Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik; davor von 1999-2004 Direktor des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz.
E-Mail: guenther.maihold@swp-berlin.org

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Aboppreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>